

Altersstrategie liegt endlich vor

Sie bildet den Rahmen für künftige Massnahmen in der Alterspolitik – das Rentenalter ist nur ein kleiner Teil.

Daniela Fritz

Immer wieder gab es in den vergangenen Jahren politische Bestrebungen, auf die Herausforderung einer alternierenden Bevölkerung zu reagieren. Statt einzelne Baustellen aufzureissen, wollte man das Thema aber lieber ganzheitlich betrachten – anhand einer Altersstrategie für Liechtenstein.

Nach einem breiten Prozess mit Einbezug verschiedenster Betroffener liegt der lang ersehnte Rahmen nun vor. Gesellschaftsminister Manuel Frick sprach bei der Präsentation gestern indes auch von einem «historischen» Moment: «Es war ein Lupf, aber ich bin überzeugt, dass es sich lohnt.»

Anhand von acht Handlungsfeldern zeigt das Papier mögliche Massnahmen auf. Einige hat sich die Regierung als Schwerpunkte für dieses Jahr herausgepickt: So soll die Zukunftsfähigkeit der ersten und zweiten Säule

gestärkt werden. Die Strategie nennt hier beispielsweise die Möglichkeit, Versicherungslücken durch Erwerbstätigkeit über das ordentliche Rentenalter hinaus zu füllen. Im Bereich der betrieblichen Vorsorge ist auch die Einschränkung des vorzeitigen Kapitalbezugs oder höhere Mindestbeitragssätze angedacht.

Erhöhung des Rentenalters ist kein Tabu mehr

Gespannt darf man hier vor allem auf das versicherungsmathematische Gutachten im Herbst sein: Sollte dieses aufzeigen, dass das AHV-Fondsvermögen unter die kritische Grenze von fünf Jahresreserven zu sinken droht, muss die Regierung konkrete Massnahmen vorschlagen. Dazu gehört neben höheren Beitragssätzen oder einem höheren Staatsbeitrag auch die Anpassung des Rentenalters.

Ob wir künftig länger arbeiten müssen, liess der Gesellschaftsminis-

ter gestern noch offen. Zumindest in der Altersstrategie wird aber durchaus über eine schrittweise Erhöhung des ordentlichen Rentenalters nachgedacht, vorstellbar wäre demnach beispielsweise eine Koppelung an die Lebenserwartung. Ähnliche Diskussionen in der Schweiz verfolgte Liechtensteins Regierung jedenfalls mit Interesse, so Frick.

Einen weiteren Fokus will die Regierung 2024 auf Massnahmen gegen den Fachkräftemangel in der Pflege legen: Der Landtag hat hierzu bereits das Budget um 2,3 Millionen Franken erhöht. Wie die Mittel konkret eingesetzt werden, muss die Regierung im ersten Halbjahr aufzeigen.

Ebenfalls noch für dieses Jahr kündigt Frick die Evaluation des Betreuungs- und Pflegegelds an. Dieses bewerten die an der Altersstrategie Beteiligten grundsätzlich positiv, hier und da gebe es aber noch Optimierungspotenzial. In Bearbeitung ist zudem

ein Modell für die Neufinanzierung der Betreuung und Pflege im Alter – der Landtag beauftragte die Regierung 2020 mit vertieften Abklärungen zu verschiedenen Varianten.

Arbeiten über das Rentenalter hinaus attraktiver machen

Einen weiteren Fokus will die Regierung 2024 auf die Rahmenbedingungen für längere Erwerbsfähigkeit legen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Denkbar wäre gemäss Strategie etwa die Förderung von Teilzeitarbeit nach Erreichen des Rentenalters und ein flexiblerer Rentenbezug. Die Förderung der medizinischen Versorgung zu Hause, insbesondere was die Hausärzte angeht, stellt einen weiteren Schwerpunkt für 2024 dar. Ausserdem will die Regierung eine Kampagne für Gesundheitsförderung und Prävention lancieren sowie eine zentrale Stelle für Altersfragen in der Landesverwaltung prüfen. **3**